Kölnische Zeitung 16./II.1916.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

© Berlin, 15. Februar.

(Telegramm.)

Am Ministertisch Sydow, Frhr. v. Schorlemer.

Haus und Tribünen sind voll besetzt.

Präsident Graf **Schwerin** eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr. Einige neue Mitglieder werden vereidigt

Das Haus beginnt die zweite Lesung des Etats beim Etat des Staatsministeriums. Die umfangreichen Beschlüsse des Ausschusses haben wir bereits mitgeteilt.

Die Volksversorgung.

Berichterstatter **Hösch**-Neunkirchen (kons.) verbreitete sich über die wirtschaftlichen Fragen in mehrstündiger Rede im Sinne des frühern Berichts aus dem Ausschusse. Die Versorgung mit tierischen Erzeugnissen, Fleisch- Fett, Milch und Butter kann nicht durch Verteilung allein geregelt werden. Sie muß vor allem durch Förderung der Produktion sichergestellt werden. Der jährliche Fleischverbrauch Deutschlands ist von 1890 bis 1910 um 77 Prozent angewachsen. Diese Menge ist von keinem andern Lande Europas erreicht. Bis auf einen Restbetrag von 4 bis 6 Prozent ist diese Konsummenge in Deutschland selbst erzeugt worden. Hierzu war nicht nur eine wesentliche Steigerung unserer Bestände nötig, sondern es mußte auch eine außerordentliche Veredlung unserer Viehbestände stattfinden. Stellen wir die jährliche Leistung unserer Viehbestände danach zusammen, was sie uns an Milch, Milchprodukten, Fleisch, Fett, Blut, Häuten, Wolle, Haaren, aber auch an Arbeitsleistungen im landwirtschaftlichen Betriebe bringen, so kommen wir auf rund 10 Milliarden Mark. Es war ein **Mangel in der Vorbereitung auf einen Weltkrieg**, daß wir weder wirtschaftspolitisch, noch betriebstechnisch die Erzeugung der nötigen Rohstoffe für eine solche Produktion im Binnenlande sichergestellt haben. Es muß vor der Ansicht gewarnt werden, als könne man von unsern Viehbeständen nur immer nach Gutdünken verzehren. Bei Eingriffen in die Marktverhältnisse muß die größte Vorsicht walten, sonst darbt schließlich der Verbraucher, während reichliche Ernährungsquellen noch im Lande sind. Unsere Getreidevorräte sind ausreichend. Die unzutreffenden Ernteschätzungen vom November dürfen nicht der Landwirtschaft zur Last gelegt werden. Es handelte sich um Taxen. So war in dem durch die Presse als pflichtvergessen gegeißelten Falle des Kreises **Stendal** die Schätzungsdifferenz nur 7 Prozent. Selbst ein Künstler im Schätzen kann das nicht verhindern. Wenn die Landwirtsfrauen eine Kriegsverordnung übertreten, so geschieht es nicht aus Schlechtigkeit, sondern um das Vieh nicht verhungern zu lassen. Die kleinen **Mühlen** werden immer noch zu sehr bei der Ausmahlung vernachlässigt. Von einer schärfern Ausmahlung würden sie verschiedene Vorteile haben. Die deutsche Landwirtschaft hat ihre volle Pflicht getan. Sie hat die größten Hektarerträge von allen Ländern der Welt zu verzeichnen. Das Erreichbare ist trotz aller Erschwernisse erreicht worden, trotz Verspätung, Verrechnung, Mangel an Arbeiten und Gespannen. Größer als je waren die Kartoffelverfrachtungen vom Osten nach dem Westen. Die Maßnahmen der **Regierung** ließen eine glückliche Hand vermissen. Obwohl die Regierung ersucht worden war, die Grundsätze für die Behandlung der neuen Ernte so zeitig zu veröffentlichen, daß die Beteiligten rechtzeitig über ihre Pflichten und Rechte unterrichtet waren, erschien die erste Bundesratsverordnung, als die Ernte nahezu beendet war. Durch die in der Folge schwankende und **wechselvolle Haltung** ist **Unruhe** und **Erbitterung** in die Kreise der Erzeuger und Verbraucher getragen worden. Bei den niedrigen Speisekartoffelpreisen und den hohen Schweinefleischpreisen ist es für den Landwirt verlockender, die Kartoffeln zur Schweineaufzucht zu verwenden. Von großer Wichtigkeit ist es, daß wir auch **nach** dem Kriege unsere Bedürfnisse aus eigener Kraft für lange Jahre decken können. Das gilt ebenso für unsere Industrie wie für unsere Versorgung mit Lebensmitteln. Die Betriebsunternehmer können ihre Betriebe aber nur aufrechterhalten, wenn sie mit angemessenen Preisen für ihre Erzeugnisse rechnen können und nicht eines Tages vor der Gefahr des Zusammenbruches stehen. Unser wirtschaftlicher Kampf muß unter dem Zeichen stehen: **Verzagen** ist Unkraut — reißt es heraus! Nur **Arbeit**, nur **Mut** baut ein herrliches Haus. (Lebhafter Beifall.)

Hoff (fortschr. Vp.): Ungeahnte Anforderungen hat der Krieg an uns gestellt; ungeahnt sind aber auch die Leistungen des deutschen Volkes. Unvergänglicher Ruhm und unauslöschlichen Dank haben sich **unsere Krieger im Felde** erworben. (Lebhafter Beifall.) Diesen Leistungen stehen aber die Leistungen daheim würdig zur Seite. (Sehr richtig!) Aber alle unsere Entbehrungen hier zu Hause reichen nicht an die Entbehrungen unserer Truppen draußen im Schützengraben heran. (Zustimmung.) 500 000 Quadratkilometer feindlichen Landes sind von uns und unsern tapfern Verbündeten besetzt. Die Tore des Orients und des Balkans sind gesprengt. Wir dürfen aber deshalb nicht die wirtschaftlichen Fragen auf die leichte Schulter nehmen. Uns stehen Lebensmittel weder in der Güte noch in der Menge wie bisher zur Verfügung. Wir müssen unsere ganze Ernährung darauf einstellen. Die deutsche **Landwirtschaft** steht in bezug auf die Erzeugung an erster Stelle in der Welt. (Beifall.) Ihre Leistungsfähigkeit rührt aber nicht erst aus der Zeit des Zolltarifs her, sondern die Wurzeln ihres Aufschwunges liegen schon in der Zeit der Caprivischen Wirtschaftsperiode. (Sehr richtig! Links.) Der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit darf man nicht den Vorwurf machen, daß sie Wucher und Zurückhaltung getrieben hat. Aber hier und da ist gesündigt worden. Namentlich die Vorschriften über die Verfütterung von Brotgetreide sind leider nicht immer mit der nötigen Gewissenhaftigkeit durchgeführt worden. Die verantwortlichen Stellen müssen ernsthaft prüfen, ob man die losere Form der Reichsgetreidestelle bestehen lassen oder die straffere Form der Kriegsgetreidegesellschaft wieder aufnehmen will. Deshalb beantragen wir: die Regierung zu ersuchen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das **Brotgetreide** aus der kommenden Ernte wirksamer als bisher **gegen Verfütterung** zu sichern, um unter tunlichster Erhöhung der Brotrationen eine möglichst große Menge Brotgetreide für die Volksernährung bereitstellen zu können. Wir müssen während des Krieges unsern Fleischverbrauch einschränken, aber hoffentlich können wir im Frieden bald wieder die alte Höhe des Fleischverbrauchs erreichen. Je höher die Fleischpreise sind, desto größer ist der Anreiz zur ungesetzlichen Verfütterung des Brotgetreides. Deshalb dürfen die **Fleischpreise** nicht zu sehr in die Höhe gehen. Allerdings sollte man die Preise nicht schematisch gleichmachen, sondern für die guten Stücke können gern höhere Preise genommen werden, damit die andern Stücke den Minderbemittelten zu billigern Preisen abgegeben werden können. Gegen die **Ausfuhrverbote einzelner Bundesstaaten** müssen wir entschiedensten Widerspruch erheben. (Zustimmung.) Nun

die Kartoffelversorgung!

Wir haben eine Rekordernte von 54 Millionen Doppelzentnern. Leider hat aber die Reichskartoffelstelle sie nicht als guter Hausvater verwaltet. So darf das nicht weiter gehen! (Lebhafte Zustimmung links.) Die Erhöhung der **Kartoffelpreise** halten wir für sehr bedenklich, sie sind eine Prämiierung für die Zurückhaltung der Kartoffeln. (Sehr richtig.) Das Zentrum hat einen Antrag eingebracht, der sich gegen eine Heraufsetzung der Kartoffelhöchstpreise wendet, soweit sie nicht durch Schwund nötig wird. Diesem Antrage stimmen wir zu. Für die Fehler, die in der Kartoffelversorgung vom Reiche gemacht sind, darf man **nicht die Gemeinden verantwortlich** machen. Die Kartoffelhöchstpreise müssen lückenlos Platz greifen. Die Geldlage der Landwirtschaft ist gut. Nach dem Kriege werden die Preise auf Jahre so gut sein, daß die Landwirtschaft mit ihren eigenen Einnahmen ihre Kriegsschäden reparieren kann. Wirtschaftlich halten wir jedenfalls durch. (Beifall.)

v. Oertzen (fr.-kons.) Die Förderung der Produktion kann nur durch Preiserhöhungen geschehen, die den erhöhten Erzeugungskosten entsprechen. Aber die Preise dürfen nicht unerschwinglich für den Verbraucher werden. Der staatliche Zwang wird leicht zum zweischneidigen Schwert. Die Zwangsmaßregeln dürfen den Krieg nicht überdauern. Die Schätzung der **Getreidebestandserhebung** geschah, als es zum Teil noch unausgedroschen war. Wenn sie niedriger ausfiel, so liegt das auch daran, daß man unbedingt sicher sein wollte, daß nicht nachher Ausfälle sich herausstellten. In einzelnen Gegenden war die Ernte auch wirklich schlecht. Der Landwirtschaft kann man keinen Vorwurf daraus machen, daß sie Kartoffeln verfüttert hat. Die Bestimmungen waren ja so unklar. Die vielfachen Klagen über einen zu großen Wildbestand und den dadurch hervorgerufenen Schaden in den Saaten sind doch wohl etwas übertrieben. Jedenfalls geht der Antrag, in Revieren mit großem Wildbestand einen zwangsweisen Abschuß herbeizuführen, uns zu weit.

Westermann (nl.) Zunächst schien es, als ob wir eine sehr gute Ernte bekommen würden. Man erhöhte in den Städten die Brotrationen und achtete nicht mehr so genau auf die gesetzlichen Bestimmungen. Auf dem Lande sah man bald, daß wir höchstens eine Mittelernte haben würden, und so entstand eine gewisse Mißstimmung zwischen Stadt und Land. Die Verhandlungen in der Kommission haben auch mich überzeugt, daß wir durchhalten können. Aber es ist notwendig, die **Bestimmungen** über die Brotrationen und die Futtermittel genauer als bisher zu befolgen. Auch die Kartoffelversorgung kann nicht so weiter gehen wie bisher. Der Unterschied zwischen der Ernteschätzung und der Bestandserhebung beruht wohl zum großen Teil darauf, daß beide von verschiedenen Personenkreisen vorgenommen sind. Jedenfalls muß ich entschieden bestreiten, daß Vorräte böswillig verschwiegen sind. Die Leute haben allerdings geglaubt, in ihren Angaben vorsichtig sein zu sollen. Die **Höchstpreisfestsetzung** der **Kartoffeln** ist den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht gerecht geworden. Man wartete auf weitere Anordnungen aus Berlin. Diese blieben aus. Der Frost kam und viele Kartoffeln erfroren. Der Kartoffelhöchstpreis ist reichlich niedrig bemessen. Jetzt haben die Aufkäufer der Gemeinden das Recht erhalten, 1,20 ℳ über den Höchstpreis hinaus zu zahlen. Das halte ich für sehr bedenklich. Auch über den **Hafer** hören wir viele Klagen, vor allem darüber, daß jetzt der Haferpreis erhöht worden ist. Der Bedarf an Kartoffeln für die Volksernährung muß im Notfalle durch Beschlagnahme gedeckt werden. Die Gemeinden müssen dafür sorgen, daß die Kartoffeln auch wirklich zu dem Zwecke, zu dem sie bestimmt sind, Verwendung finden. Die Saatkartoffeln sind von den Höchstpreisen ausgenommen. Das hat zu einer Preistreiberei geführt, die letzten Endes den Kartoffelbau einschränken würde, wenn man nicht rechtzeitig dagegen einschreitet. Die Steigerung der Fleischerzeugung ist ein hoch anzuerkennendes Verdienst der deutschen Landwirtschaft. Die Bestandsaufnahme bei der **Viehzählung** ergab im allgemeinen ein günstiges Ergebnis, so daß wir hoffen dürfen, unsere Viehbestände zu erhalten. Die Festsetzung der Höchstpreise für Schweine in der erfolgten Art halte ich für höchst bedenklich. Der Weg, **provinzielle Viehhandelssyndikate** einzurichten, mag gangbar sein. Der Fleischverbrauch sollte auch weiter eingeschränkt werden. Mit Stolz blicken wir darauf, wie es unsern Chemikern gelungen ist, den **Stickstoffbedarf** für unser Heer und unsere Landwirtschaft herzustellen. Bezüglich der Gewährung von Staatsmitteln an Gemeinden für Heranschaffung von Lebensmitteln halte ich an dem Kommissionsbeschluß fest. Die Beschwerden des Krieges werden noch wachsen; aber sie erscheinen gering gegenüber denen, die unsere Krieger im Felde ohne Murren ertragen. (Beifall.)

Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung. — Schluß 5¾ Uhr.